
Liebe Leserinnen und Leser,

viele Mitmenschen empfinden den derzeitigen Sommer als unangenehm durchwachsen. Und noch „durchwachsener“ sieht es bei der politischen Großwetterlage aus: Hungerkatastrophen, Kriege, internationale Finanzdebakel ... und natürlich Umweltkatastrophen ... Öl in der Nordsee, andauernde Verstrahlungen in Fukushima und weit darüber hinaus...

Trotzdem bleibt zu hoffen, dass Ihr hin und wieder die Beine hochlegen und die Seelen baumeln lassen könnt ... um Euch dann mit neuer Kraft gegen Atomkonzerne, in der Friedensbewegung und / oder in sozialen Bereichen zu engagieren.

Die Newsletter-Redaktion wünscht in diesem Sinne allen Leserinnen und Lesern noch möglichst angenehme Sommerwochen.



1. Aus Vorstand und Geschäftsstelle

Das BBU-Spendenkonto freut sich auf DEINE Spende ...

Spendenkonto: Sparkasse Bonn (BLZ 37050198), Kontonummer: 1900.2666

BBU-Pressemitteilungen

Aktuelle Pressemitteilungen des BBU, sowie früher erschienene, kann man hier nachlesen:

<http://www.bbu-online.de/Presse.htm>

BBU-Materialversand

Bitte beachten: BBU-Mitglieder erhalten in den nächsten Tagen per E-Mail Informationen über Buttons und Aufkleber, die in der BBU-Geschäftsstelle erhältlich sind. Die Informationen werden dann auch bald unter www.bbu-online.de zu finden sein. Natürlich können auch BBU-Nichtmitglieder das Bestellangebot nutzen.

Vorträge zu Fukushima

Ein japanischer Atomkraftgegner hat dem BBU angeboten, in der Bundesrepublik deutschsprachige Vorträge über die Situation in und um Fukushima zu halten. Er wird vom 01. – 21. Oktober in der Bundesrepublik sein. Fahrt- und Übernachtungskosten trägt er selber. Örtliche Gruppen müssen sich nur um Räumlichkeiten und Werbung kümmern, wobei auch der BBU behilflich sein kann. Wer den Referenten „buchen“ möchte, sollte sich schnellstmöglich in der BBU-Geschäftsstelle (0228-214032) oder beim AK Energie des BBU (02562-23125) melden.

2. Themenbereiche

Atomindustrie

Uranabbau in Namibia (und anderswo) stoppen

(UB) In einem neuen Chemiepark sollen Chemikalien für den Uranabbau produziert werden:

<http://www.az.com.na/lokales/chemiepark-zielt-auf-swakop.132818.php>

Ideen zum Widerstand dagegen sammelt der AK Energie des BBU, 02562-23125.

Endlagersuche: Horst Seehofer mauert

Politische Unreife attestiert die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI) dem bayrischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer. "Bornierte Länderinteressen werden der Lösung des Atommüllproblems nicht gerecht", sagte BI-Sprecher Wolfgang Ehmke. Der CSU –Politiker reagiere, wie seine CDU-Kollege Günther Oettinger, auf die gesellschaftlich große Herausforderung, ein Atommüllendlager zu suchen, provinziell.

Zur immer wieder aufflammenden Diskussion die Atommüllendlagerung hatte der CSU-Chef Horst Seehofer gesagt, er halte die Errichtung eines atomaren Endlagers in Bayern für unwahrscheinlich. "Vor einem atomaren Endlager in Bayern muss niemand Sorge haben", zitiert ihn die "Mittelbayerische Zeitung" (Donnerstagsausgabe). "Bei Untersuchungen in der Vergangenheit hat sich immer herausgestellt, dass es bei uns nicht die nötigen mächtigen geologischen Formationen gibt, um Atommüll verantwortlich auf Dauer zu entsorgen."

"Es wird Zeit, dass auch der niedersächsische Ministerpräsident David McAllister sich gegen das Sankt-Florians-Denkmal seiner Parteikollegen wehrt", wünscht sich die BI.

Pressemitteilung der BBU-Mitglieds-BI BIU Lüchow-Dannenberg vom 5.08.11, <http://www.bi-luechow-dannenberg.de>

BBU reagiert skeptisch auf die Ankündigung der Stresstests bei weiteren Atomanlagen

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) hat auf die angekündigte Durchführung von „Stresstests“ bei weiteren Atomanlagen mit großem Interesse, aber auch gleichzeitig skeptisch, reagiert. Am Dienstag wurde bekannt, dass auf Veranlassung der Bundesregierung Atomanlagen wie die Urananreicherungsanlage in Gronau (NRW) und die Brennelementefabrik in Lingen (Niedersachsen) einer Prüfung unterzogen werden sollen, für die die Enskommission Prüfkonzepte entwickeln soll. Auch bestimmte Forschungsreaktoren und Atommüll-Lager sollen überprüft werden.

Der BBU kritisiert die fehlende Transparenz bei der Erteilung der Überprüfungsaufträge. Es ist unklar, welche konkreten Anlagen einer Prüfung unterzogen werden sollen, wer die Überprüfung vornehmen wird und wer welche Zielvorgaben bestimmt.

Insgesamt verlangt der BBU bei den Sicherheitsüberprüfungen auch den Blick über den Tellerrand: Die mit den Anlagen verbundenen hochgefährlichen Urantransporte gehören ebenso in die Blickrichtung der Überprüfungen wie der menschen- und umweltfeindliche Uranabbau, der als Basis für den Betrieb aller Atomanlagen im Niger, in Kanada und anderswo erfolgt. Auch bei der Überprüfung der Atommüll-Lager gehören die Atommülltransporte geprüft.

Der BBU erwartet von der Bundesregierung und den zuständigen Landesregierungen umfangreiche Informationen zu den offenen Fragen – besonders auch zu der Frage, welche Anlagen einer Stresstest-Überprüfung unterzogen werden sollen. Gleichzeitig fordert der BBU, dass die betroffenen Anlagen schon während der Überprüfung abgeschaltet werden, mit dem Ziel, letztlich endgültig stillgelegt zu werden.

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 10.08.2011. Vollständiger Text unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmittellungen/PR%202011/10.08.11>

Vielstimmiger Protest gegen die grenznahe Uranfabrik in den Niederlanden

Der BBU hat beim Wirtschaftsministerium in Den Haag Einspruch gegen den drohenden Ausbau der niederländischen Urananreicherungsanlage (UAA) im grenznahen Almelo erhoben. Bereits in früheren Verfahren hatten der BBU und andere Initiativen und Verbände, besonders aus Nordrhein-Westfalen, zahlreiche Einsprüche aus der Bundesrepublik in Den Haag eingereicht. Ein aktueller Sammeleinspruch des BBU ist jetzt von mehreren Hundert Personen unterschrieben worden. Auch der Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau, eine Mitgliedsinitiative des BBU, und der Natur- und Umweltschutzverein Gronau (NUG), haben Einsprüche erhoben. Weitere Einsprüche aus dem Aachener Raum wurden eigenständig nach Den Haag geschickt.

Die Urananreicherungsanlage in Almelo soll zur Versorgung von weltweit ca. 50 Atomkraftwerken auf eine Kapazität von 6200t Urantrennarbeit pro Jahr ausgebaut werden. Zudem sind u. a. die Lagerung von zukünftig insgesamt rund 70.000t Uranhexafluorid (bisher ca. 55.000t) und der Bau einer Verladestation für Urancontainer vorgesehen.

In dem Sammeleinspruch des BBU gegen den Ausbau der Uranfabrik in Almelo heißt es u. a.:

- Urananreicherung erfordert Uranabbau, der ist jedoch auch lebensfeindlich und umweltschädlich!
- Die UAA Almelo und die Urancontainer in den dortigen Uranlagern sind nicht gegen Flugzeugabstürze gesichert.
- Es gibt keine sichere Entsorgung für den Uranmüll, der in Almelo anfällt (u. a. abgereichertes Uranhexafluorid, verstrahltes Werkzeug).
- Der Betrieb der UAA in Almelo ist mit hochgefährlichen Urantransporten verbunden! Sabotage kann nicht verhindert werden.
- Auch in der UAA Almelo kann es technisches und menschliches Versagen geben. 2010 wurde in der UAA Gronau ein Arbeiter verstrahlt!
- Urananreicherungsanlagen können militärisch genutzt werden!
- Zur Verhinderung der Weiterverbreitung von Atomwaffen ist das Verbot der Urananreicherung dringend erforderlich.

Weitere Informationen über die Gefahren der Urananreicherung gibt es im Internet u. a. unter www.aku-gronau.de. Informationen über den niederländischen Widerstand gegen die Urananreicherungsanlage in Almelo gibt es unter www.enschedevoorvrede.nl. Telefonische Auskünfte gibt es beim Arbeitskreis Energie des BBU unter 02562-23125
Pressemitteilung des BBU vom 11.08.2011

Stilllegung sofort – 600 Demonstranten am 13. August in Neckarwestheim

(UB) Bei einer Kundgebung am 13.08.2011 in Neckarwestheim haben ca. 600 AtomkraftgegnerInnen gegen die Atompolitik der Bundesregierung und den geplanten jahrelangen Weiterbetrieb von Neckarwestheim II demonstriert. Mehr dazu auf der Homepage des BBMN unter

<http://www.bbmn.de/2011/08/stilllegung-sofort-600-demonstranten-heute-in-neckarwestheim-fundsachen>.

Dem Demo-Trägerkreis gehörte auch die BBU-Mitgliedsinitiative Bund der Bürgerinitiativen Mittlerer Neckar an: www.bbmn.de

David McAllister überrascht

BI Umweltschutz: "Sackgasse Gorleben aufgeben"

Der niedersächsische Ministerpräsident David McAllister überrascht mit Äußerungen zu Gorleben. In einem Interview mit der "Leipziger Volkszeitung" hatte der CDU-Politiker am vergangenen Freitag von seinem Parteifreund und Bundesumweltminister Norbert Röttgen bis spätestens zum Jahresende die Vorlage der Gesetzes-Eckpunkte für die Regelung der atomaren Endlagerung verlangt. Parallel zu Gorleben sollten auch andere Standorte und Endlagerformen

in Betracht gezogen werden als bisher geplant, "da sich die Politik darauf vorbereiten muss, das Gorleben sich auch als ungeeignet herausstellen könnte", sagte McAllister.

"Es hat lange gedauert, dass in der CDU Zweifel an der Eignung Gorlebens nicht nur gehegt, sondern dass das auch offen ausgesprochen wird", sagte ein BI-Sprecher. Endlich komme man zum Kern des Problems, den erdrückenden geologischen Negativbefunden, die eine Endlagerung hochradioaktiver Abfälle im Salzstock Gorleben als äußerst riskant erscheinen lassen. "Die Einbahnstraße Gorleben wird sich als Sackgasse erweisen", sind sich die Gorleben-Gegner sicher. Deshalb müsse Gorleben nicht zu Ende "erkundet", also faktisch weiter ausgebaut werden, das sei reine Geldverschwendung, als ersten Schritt müsste – vor einem Neustart in der Endlagersuche – das Atommüll-Dilemma aufgearbeitet werden. "Dazu gehört, dass Institutionen und Einzelpersonen, die ihre wissenschaftliche Reputation in der illegal betriebenen Atommülldeponie Asse II verloren haben, sich auch als Gutachter für Gorleben diskreditiert haben." Die Ergebnisse der beiden Parlamentarischen Untersuchungsausschüsse – im Land Niedersachsen zur Asse II, im Bund zu Gorleben – müssten zusammengeführt und ausgewertet werden.

"Auf das entscheidende Wort McAllisters aber warten wir: Es darf in Gorleben zur Zeit nicht im Dreischichtbetrieb rund um die Uhr weiter gebaut werden, Röntgen muss in der Zwischenzeit bis zu einer Neubestimmung der Atommüllpolitik den Sofortvollzug in Gorleben aufheben."

Pressemitteilung der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg vom 22.08.11. Die BI gehört dem BBU an. Infos: <http://www.bi-luechow-dannenberg.de>

Auf nach Tihange am 17. September 2011!

Dieser Tag soll einer des Widerstandes gegen Atomkraft in Belgien, Luxemburg, Frankreich, den Niederlanden und Deutschland werden: Sowohl vor den 4 französischen AKWs bei Cattenom in Lothringen im Dreiländereck Frankreich, Luxemburg, Deutschland als auch vor den drei belgischen bei Tihange zwischen Lüttich und Namur wird demonstriert werden. Für unsere Euregio: (B/NL/D) ist es das erste Mal seit 1982, dass wir zu einer großen, gemeinsamen Demonstration gegen Atomkraft aufrufen.

Kommt also am Samstag den 17.9.2011 14:00 Uhr nach Huy. Von dort werden wir zu den AKWs rauslaufen, wo die Abschlusskundgebung mit Reden in 3 Sprachen, fantasievollen Aktionen und Musik stattfinden wird.

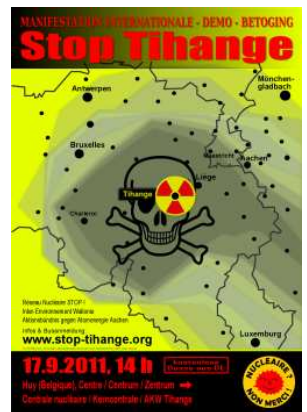
Wir fordern die sofortige Schließung der ältesten Reaktoren: Tihange I Doel I und II (bei Antwerpen) zumindest so schnell wie im Gesetz von 2003 festgeschrieben wurden (2015). Sowie die Schließung aller anderen Reaktoren so schnell wie technisch möglich.

Weitere Unterstützer und unterstützenden Organisationen sind herzlich eingeladen, uns zu helfen, die Veranstaltung zu einem großen Erfolg werden zu lassen und das Ereignis zu finanzieren. Wir freuen uns auf eure Hilfe!

Bankverbindung: IBAN: BE95 5230 4315 3658, BIC: TRIOBEBB, Verwendungszweck: Demonstration Tihange.

Quelle und weitere Informationen unter www.stop-tihange.org.

Auch der BBU ruft zur Teilnahme an der Demonstration auf (und fordert natürlich grundlegend die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen, und das weltweit!).



Nach dem Brand in der ASSE: BBU warnt vor schwerwiegenden Bränden in Atomanlagen

Nachdem es am Wochenende einen Schwelbrand im Atommüll-Lager Asse (Niedersachsen) gegeben hat, warnt der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) vor der generellen Gefahr schwerwiegender Brände in Atomkraftwerken, Uranfabriken und Atommüll-Lagern. Dabei kritisiert der BBU erneut, dass weiterhin Atomkraftwerke und andere Atomanlagen im Betrieb sind, die ständig Atommüll produzieren, für den es keine sichere Lagerungsmöglichkeit gibt. Der BBU fordert die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen und auch das Exportverbot für Atommüll. Konkret wird vom BBU kritisiert, dass Uranmüll aus der einzigen deutschen Urananreicherungsanlage mit Sonderzügen nach Frankreich zur Weiterverarbeitung transportiert wird.: "Das dabei transportierte Uranhexafluorid ist hochgefährlich und wird ohne Vorwarnung vom Münsterland durch das Ruhrgebiet und das Rheinland bis nach Frankreich gebracht", betont BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz.

Der BBU weist darauf hin, dass trotz der sogenannten politischen Sommerpause der Widerstand gegen die Nutzung der Atomenergie weitergeführt wird. Dabei ruft der BBU auch zum Stromwechsel auf, um Strom von einem Anbieter zu beziehen, der garantiert keine Geschäfte mit Unternehmen der Atomindustrie macht. Der BBU kooperiert dabei mit den Elektrizitätswerken Schönau (EWS), die den Strom nur von solchen Produzenten beziehen, die nachweisbar nicht mit der Atomindustrie verflochten sind. Nur so kann sicher gestellt werden, dass das Geld der StromkundInnen nicht über Umwege wieder den Atomstromunternehmen zufließt. Nähere Information zur BBU-Stromwechselkampagne gibt es auf der Internetseite des BBU unter www.bbu-online.de und telefonisch unter 0228-214032.

Bereits jetzt ruft der BBU zur Teilnahme an u. a. folgenden Aktionen der Anti-Atomkraft-Bewegung auf:

11.09.: Mahnwache in Mosbach sechs Monate nach Fukushima, www.atommuell-obrigheim.de

11.09.: Mahnwachen in Stuttgart und Heilbronn sechs Monate nach Fukushima, www.bbmn.de

17.09.: Demonstration zu den Atomkraftwerken in Tihange, Belgien, www.stop-tihange.org

17. und 18.09.: Protestcamp gegen die Urananreicherungsanlage in Gronau, www.urantransport.de

18.09.: Sonntagsspaziergang am Atommüll-Lager Ahaus, www.bi-ahaus.de

18.09.: 100. Sonntagsspaziergang an den Gorlebener Atomanlagen, www.gorleben-castor-2011.de

Pressemitteilung des BBU vom 22.08.2011

Chemieindustrie

Chemie-Politik in der Tschechischen Republik

(UB) Schadstoffe werden bekanntlich nicht von Grenzen aufgehalten und die betroffene Bevölkerung muss für Umwelt- und Gesundheitsschutz kämpfen. Mehr dazu unter

<http://www.freiepresse.de/LOKALES/ERZGEBIRGE/MARIENBERG/Fehler-am-Ofen-verursacht-mehrere-Tage-Ge-stank-artikel7719265.php>

CO2-Endlagerung

TV-Tip

(UB) Am 25. September greift RTL das Thema CO2-Endlagerung auf. Vorabinformationen unter

<http://www.digitalfernsehen.de/RTL-lockt-mit-OEko-Thriller-Bermuda-Dreieck-Nordsee.63721.0.html>.

Die Bürgerinitiative gegen das CO2- Endlager e.V. lädt ein zur CCS-Informationsveranstaltung am 31. August 2011 um 19.30 Uhr in der Nordsee-Akademie, Leck

Seit über zwei Jahren kämpft die Bürgerinitiative gegen das CO2-Endlager e.V. gegen die geplante CO2-Verpressung. Bisher sind die vorgetragenen Bedenken und benannten Folgen dieser Hochrisikotechnologie nicht widerlegt worden. Dennoch hat der Bundestag am 07.07.2011 ein CCS-Gesetz verabschiedet, das am 23. September zur Abstimmung in den Bundesrat kommen wird. EnBW rief am 13.07.2011 bei der Inbetriebnahme einer CO2-Abscheideanlage das „Jahrhundert der Kohleverstromung“ aus. CCS droht weiterhin.

Die Menschen hinterfragen deshalb die Schlagzeilen und Berichte wie: „Keine CO2-Verpressung in Schleswig-Holstein – Landesregierung macht Landesgesetz“. Und die Fragen, die immer häufiger gestellt werden, sind:

Wie setzt die Landesregierung die sog. „Länderklausel“ gem. §2 (5) KSpG um? Wie bewertet die Landesregierung die Planung, dass CO2 in den Meeresboden der Ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) verpresst werden soll?

Welche Risiken sind mit der CO2-Verpressung unter der Nord- und Ostsee verbunden?

- Das Grußwort wird Herr Landrat Dieter Harrsen sprechen.
- Frau Dr. Zieschang, Staatssekretärin im Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein, wird zu den Fragen in ihrem Referat: "Kein CCS in Schleswig-Holstein - zum Stand des Gesetzgebungsverfahrens zum Kohlendioxidspeicherungsgesetz" Stellung beziehen.
- Herr Müller-Ruchholtz, Justiziar und stellv. Generalsekretär des Bauernverbandes Schleswig-Holstein, wird über das CCS-Gesetz aus Sicht des Bauernverbandes sprechen.
- Herr Dr. habil. Ralf E. Krupp, Dipl.-Geologe und Geochemiker wird in einem Vortrag die wissenschaftliche Seite der CO2-Verpressung beleuchten.
- Für die Moderation hat sich Herr Peter Ewaldsen, Amtsvorsteher des Amtes Südtondern, zur Verfügung gestellt.

Wir freuen uns über zahlreiches Erscheinen!

Weitere Informationen über die Arbeit der BI, die Mitglied im BBU ist, findet man unter www.kein-co2-endlager.de.

Erläuterung zum „Appell an Bundesrat und Bundespräsident“

Auf dem fresh-air-festival am 16.7.2011 in Ortwig (Oderbruch) haben die anwesenden BI's gegen CCS beschlossen, die Zeit bis zum 23.9., wo das CCS-Gesetz im Bundesrat behandelt wird, zu nutzen, um die Information über CCS deutschlandweit möglichst zu verbreiten und Unterstützer für einen Appell an Bundesrat und Bundespräsident zu gewinnen. Insbesondere soll die Anti-Atom-Bewegung angesprochen werden: Wenn die abzuschaltenden AKWs jetzt durch umso mehr Kohlekraftwerke, Tagebaue und CCS ersetzt würden, wäre der Teufel mit dem Beelzebub ausgetrieben. - Der Kampf gegen die Atomkraftwerke muss in der Verhinderung dieser Vorhaben unbedingt seine Fortsetzung finden!

An Information (auch als Kurzfassung) und Appell haben mitgearbeitet: BI "Kein CO2-Endlager Altmark", BI "Gegen Steinkohlekraftwerk Arneburg - Förderverein für Natur- und Umweltschutz", BI "Kein CO2-Endlager Schleswig-Holstein" und BI "CO2ntra-Endlager Neutrebbin".

Mit diesem Material sollen Gruppen, Initiativen, Vereine etc., öffentlich bekannte Personen und Funktionsträger kontaktiert werden mit dem Ziel, dass sie den Appell unterstützen. Alle Unterstützer sollen bereit sein, dass ihre Namen veröffentlicht werden. Vor dem 23.09. soll der Appell mit der Liste der Unterstützer öffentlich präsentiert und bei Bundesrat und Bundespräsident eingereicht werden. Wenn eine Gruppe, Initiative, Verein etc. den Appell unterstützt, brauchen nicht sämtliche Mitglieder zu unterzeichnen. Ein Vorstand/Sprecher u. ä. genügt. Die Unterstützung kann per e-Mail mitgeteilt werden. Wer sich an dieser Aktion beteiligt, sollte sie möglichst auch aktiv verbreiten, so dass sie sich immer weiter verästelt. Hierbei muss sichergestellt werden, dass die Meldung aller Unterstützer am Ende zentral zusammenläuft. Es wird sinnvoll sein, dezentrale Sammelstellen einzurichten, die die Unterstützer dann in Richtung „zentral“ weiter melden. Zentrale Meldestelle: lenz@kein-co2-endlager-altmark.de. Herzliche Grüße aus der Runde der Bürgerinitiativen gegen CO2-Verpressung! i. A. Christfried Lenz, 17.08.2011

Alle Informationen zur Kampagne und die UnterzeichnerInnenliste unter

<http://www.bbu-online.de/Kampagnen/CCS%20Vorlage.html> (linke Seite). Der BBU hat den Appell bereits unterzeichnet und ruft seine Mitglieder und weitere Initiativen auf, sich dem Appell anzuschließen.

Fracking

Gegen Gasbohren... Interessengemeinschaften gegen Umweltschäden beim Gasbohren durch Hydraulic "Fracking" Fracturing

(UB) Umfangreiche Informationen zum Themenbereich Fracking (unkonventionelle Ergasförderung) gibt es unter <http://www.gegen-gasbohren.de>.

Klimaschutz

Einladung zum Internationalen Klimacamp im Rheinischen Braunkohlerevier -- Für ein lebenswertes Klima weltweit!*

Wir werden in Kerpen-Manheim bei Köln - nur wenige Kilometer vom Hambacher Braunkohletagebau entfernt - ein Klimacamp errichten. Hier betreibt RWE den größten Braunkohlekomplex Europas und trägt damit maßgeblich zum voranschreitenden Klimawandel bei. Gemeinsam mit lokalen Bürgerinneninitiativen werden wir mit zahlreichen Workshops und Protestaktionen unserer Forderung nach sofortigem Braunkohleausstieg Ausdruck verleihen. Sorge mit uns dafür, dass der Atomausstieg nicht zur Renaissance der klimaschädlichen Braunkohle führt!

Den Auftakt des Klimacamps bildet eine Fahrrad-Tour am Freitag, den 26. August, von einer Critical Mass Aktion in Köln zu unserem Camp. Am Samstag, den 27. August, veranstalten wir eine Fahrrad-Exkursion zur Lochkante des Tagebaus, bei der wir über die schädlichen Folgen des Tagebaus informieren. Den inhaltlichen Auftakt bildet eine Podiumsdiskussion am Samstagabend zu Strategien und Perspektiven der Anti-Kohle-Bewegung. Im Laufe der Woche finden zudem zahlreiche Workshops zu lokalen und globalen Aspekten des Braunkohleabbaus und dessen Verstromung statt.

Unser Klimacamp ist bereits das dritte deutschsprachige Klimacamp in diesem Jahr. Die SchweizerInnen haben den Anfang gemacht, die LausitzerInnen haben bis gestern gegen neue Tagebaue und CO2-Endlager gecampet. Und wir werden mit dem dritten Klimacamp das eindeutige Zeichen setzen: Die Anti-Kohlebewegung wächst!

Mehr Informationen zu Programm, Aktionen und Campleben findest du unter: www.klimacamp2011.de oder schreib uns info@klimacamp2011.de. Du kannst dich entweder im Vorfeld anmelden, was eine Planung für uns natürlich erleichtert, oder aber direkt zum Camp kommen -- für die vollen 10 Tage oder solange du dir Zeit nehmen möchtest. Deine Teilnahme soll auf keinen Fall am Geld scheitern -- wenn der von uns vorgeschlagene Betrag für dich nicht erschwinglich ist, gibst du vor Ort soviel du kannst!

Wir freuen uns auf Dich -- mit kohlefeindlichen Grüßen - Das Vorbereitungsteam des Klimacamps in Manheim
Aus einer E-Mail an den BBU

Müllverbrennung

Mahnwache für ein gesundes Wertachtal der BI Schwabmünchen/Hiltentfingen Mahnwache gegen die zweitgrößte Abfallverbrennungsanlage Bayerns

Als im Januar 2008 mit der Auslegung der Antragsunterlagen öffentlich bekannt wurde, dass die zum finnischen Myllykoski-Konzern gehörende Papierfabrik Lang in Ettringen, Unterallgäu die zweitgrößte Abfallverbrennungsanlage Bayerns bauen will, formierte sich breiter Widerstand. Nach dreieinhalb Jahren Auseinandersetzung mit zwei öffentlichen Auslegungen der Antragsunterlagen, Informationsveranstaltungen in den umliegenden Städten und Gemeinden, Petitionen im Umweltausschuss des Bayerischen Landtags, einer acht Tage dauernden Erörterung von 10.900 Einwendungen und der behördlichen Genehmigung zum Bau der Abfallverbrennungsanlage im Oktober 2010 ist auch heute der Widerstand noch lebendig, wie die monatlichen Mahnwachen vor den Fabrikatoren belegen (s. Foto). Bislang wurde der Bau aufgrund finanzieller Engpässe des Unternehmens nicht realisiert. Inzwischen gehört Lang Papier zu UPM; die Transaktion wurde im August 2011 abgeschlossen. Wir wissen nicht, wie und wann UPM das industrielle Großprojekt realisiert.

Unsere Kritikpunkte: Hauptkritikpunkte an den Vorhaben sind die sehr hohe Verbrennungskapazität von 408.000t (davon 90.000 t Ersatzbrennstoffe und 88.000 t Klärschlämme), eine weit hinter den technischen Möglichkeiten bleibende Rauchgasreinigung, dadurch technisch vermeidbare Emissionen (z.B. Schwermetalle und Dioxine), Störfallrisiken und zunehmender LKW-Verkehr.

Widerstand muss öffentlich sichtbar bleiben und kontinuierlich Zeichen setzen.

Wenn sich ein Konflikt, wie in unserem Falle, über viele Jahre hinzieht, dann erlahmen die öffentliche Wahrnehmung und die Widerstandsbereitschaft. Deshalb haben wir uns vor fast drei Jahren zu einer monatlich stattfindenden Mahnwache entschlossen. Diese gestalten wir mit Musik, Information und einer Schweigeminute. In einem kurzen Einführungsvortrag gehen wir auf die aktuelle Situation zum Konflikt ein. Danach folgen Texte und Gedichte zumeist zu ökologischen Konflikten aus anderen Regionen, womit wir uns bewusst mit der internationalen Umweltbewegung verbinden. Weitere Informationen: www.MahnwacheGesundesWertachtal.de

Dr. Joachim Herbold, BI Schwabmünchen/Hiltentfingen. Die BI gehört dem BBU an.



Stuttgart 21: BBU schreibt offenen Brief an Heiner Geißler

Der BBU hat sich in einem offenen Brief an den "Stuttgart-Schlichter" Heiner Geißler erneut gegen das Bahn-Projekt "Stuttgart 21" ausgesprochen. In dem Brief betont der BBU, dass die vorhandene Situation besonders für behinderte und ältere Personen bessere Bedingungen bietet, als der neu geplante Bahnkomplex. Wörtlich heißt es in dem Schreiben des BBU, "möchte ich Sie eindringlich bitten, das Wohl Ihrer und meiner Altersgenossen, das Wohl der Behinderten und Gebrechlichen, sowie das Allgemeinwohl zu beachten und allen Vorschlägen zur Demontage eines funktions- und zukunftsfähigen, überaus exzellenten Kopfbahnhofs in Stuttgart, auch Ihrem eigenen Kompromissvorschlag eine endgültige Absage zu erteilen."

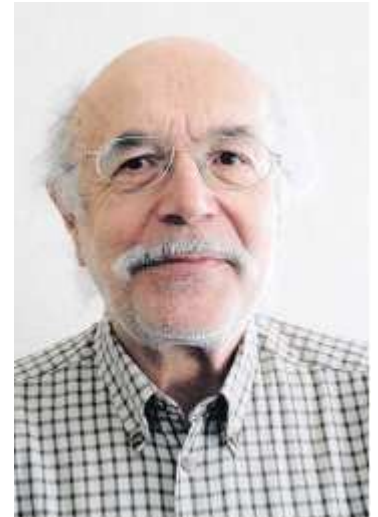
Das Besondere an dem Brief: Verfasst hat ihn Prof. Dr. Jürgen Rochlitz (Foto rechts) in seiner Funktion als Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des BBU. Gleichzeitig ist Rochlitz auch ehemaliger Bundestagsabgeordneter und hat in dieser Funktion Heiner Geißler angeschrieben: Geißler ist ebenfalls ehemaliger Bundestagsabgeordneter. Und so schreibt Rochlitz -im Namen des BBU- einleitend:

"Sehr geehrter Herr Kollege,

zunächst möchte ich Ihnen danken für Ihren Einsatz um eine gerechte Behandlung des hochkomplexen Projektes Stuttgart 21. Allerdings möchte ich Ihnen einen bisher bei Ihrer Schlichtung zu S 21 überhaupt nicht behandelten Aspekt unterbreiten, der Sie veranlassen sollte, das Projekt S 21 nicht nur zu ca. 50% - wie neuerdings durch Ihren Kompromissvorschlag geschehen – sondern zu 100% als ungeeignet zu betrachten. Vielleicht fahren Sie ja, da auch nicht mehr im Bundestag und weniger im politischen Geschäft, etwas weniger mit der DB AG und ihren Tochterunternehmen. Sonst wäre Ihnen sicher aufgefallen, wie beinahe flächendeckend, besonders stark ausgeprägt im Osten Deutschlands, in den Bahnhöfen Rolltreppen in beiden Richtungen und/oder Fahrstühle fehlen. Selbst Bahnhöfe mit IC- und ICE-Anschluss wie Dresden, Magdeburg, Stendal, Bitterfeld, Wolfsburg und Marburg (um nur die mir selbst bekannten Fälle zu erwähnen) gehören zu den Defizitfällen. Vielleicht sollten Sie sich von der DB AG eine vollständige Liste dieser unterversorgten Bahnhöfe übermitteln lassen."

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 16.08.2011.

Vollständiger Text unter <http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202011/16.08.11.html>



3. Nachruf

Nachruf auf Heinrich Messerschmidt der Fachgruppe Radioaktivität der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg

Die Fachgruppe Radioaktivität der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. trauert um Heinrich Messerschmidt, der im 85. Lebensjahr am 18. Juni plötzlich verstarb - mitten aus Gesprächen, Terminen und neuen Vorhaben.

Ungereimtheiten und Merkwürdigkeiten gingen seit der Standortbenennung Gorlebens für ein Nukleares Entsorgungszentrum 1977 über seinen Schreibtisch beim Bauamt in Lüchow, sodass er sich wie viele Bewohner des Landkreises mit vorher nicht beachteten Fragestellungen um Atomkernspaltung, künstliche Radionuklide, Halbwertszeiten, Grenzwerten und Gesundheitsgefahren herumzuschlagen und diese Fragen mit persönlichen Konsequenzen zu beantworten hatte. Seine Konsequenz waren die mit nie erlahmender Energie weitergegebenen dringlichen Fragestellungen an alle Verfechter der "sicheren" Atomenergie und eines "sicheren" Endlagers Gorleben bei jeder passenden und erst recht bei jeder unpassenden Gelegenheit, die Einforderung von Ehrlichkeit und Verantwortung bei den politisch Handelnden.

Seine Konsequenz war, die Verseuchung der Biosphäre mit Radionukliden als Verbrechen anzuprangern.

1992, nicht mehr durch berufliche Pflichten gebunden, trat Heinrich Messerschmidt der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. bei und war bis zuletzt in ihrem Beirat.

Wir verlieren einen Mitkämpfer mit einem breiten und profunden Wissensschatz, einen unermüdlichen Kämpfer für eine lebenswerte Zukunft auf diesem Planeten, für eine ehrliche Politik, die sich diesem Ziel unterordnet.

Quelle: <http://www.castor.de/diskus/gruppen/fgrad/heinrich1.html>. Einen weiteren Nachruf der Fachgruppe Radioaktivität findet man unter <http://www.castor.de/diskus/gruppen/fgrad/heinrich2.html>.



Heinrich fühlte sich auch dem BBU sehr verbunden. Der BBU-Vorstand, die BBU-Geschäftsführung und die BBU-Newsletter-Redaktion trauern um ihn und werden Heinrich in ehrender Erinnerung behalten.

Impressum

BBU-Newsletter Nr. 8 / 2011, Hrsg.: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 55, 53113 Bonn. Redaktion: Udo Buchholz (UB), Vorstandsmitglied des BBU. Druck: Eigendruck und E-Mailversand über die Geschäftsstelle in Bonn. Der Preis des BBU-Newsletters (per Mail) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter (als Datei) beim BBU anfordern. Der Newsletter erscheint monatlich. Nächster Redaktionsschluss ist der 10.08.2011. Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminbekanntgaben werden möglichst bevorzugt veröffentlicht. Die Länge der Beiträge sollte 1800 Zeichen nicht überschreiten. E-Mail-Adresse der Redaktion: Buchholz@bbu-bonn.de. In der Betreff-Zeile bitte „Für den BBU-Newsletter“ vermerken.